

Stuttgart, 10. Januar 2018

Nr. 07/10/2017

Goll: Personalsituation bei der Polizei muss weiter Sorge bereiten

Nur 11 von 1.500 Stellen sind für Aalen bestimmt – wie die anstehenden Pensionierungen kompensiert werden, bleibt unklar

Auf eine Anfrage des innenpolitischen Sprechers der FDP-Landtagsfraktion, **Prof. Dr. Ulrich Goll**, stellt die Landesregierung u. a. fest, dass im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidi-ums Aalen durch das 1.500er Stellenaufwuchsprogramm lediglich 11 neue Polizeistellen ent- stehen werden. Bis 2022 werden ca. 321 Polizeibeamte in Pension gehen, wie diese ersetzt werden, kann die Landesregierung noch nicht sagen. Die Personalsituation muss daher nach Ansicht von Goll weiter Sorge bereiten. Goll wörtlich:

„1.500 zusätzliche Stellen bei der Polizei hat die CDU der Bevölkerung versprochen. Von die- sen 1.500 Stellen soll die Polizei im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidi-ums Aalen ledig- lich 11 Stellen erhalten. Das ist denkbar wenig und wir werden nachforschen, wohin denn die anderen Stellen gehen sollen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Stellen nicht der Zahl der Polizeibeamten entspricht. Aktuell fehlen 16 Vollzeitkräfte, wie die Zukunft aus- sieht, ist unklar. Denn bei aller positiven Darstellung des Innenministers wird die Bedeutung der Abgänge durch die Pensionierung von Polizeibeamten oft übersehen. Allein für den Be- reich des Polizeipräsidi-ums Aalen schätzt die Landesregierung, dass bis 2022 ca. 321 Polizei- beamte in Pension gehen werden. Wie diese nachbesetzt werden, ist unklar. Landesweit werden wir aufgrund der Pensionierungen und der zu geringen Ausbildung Ende 2019 ca. 620 Polizeibeamte weniger haben als am 31.12.2017. Erst ab 2020 wird die Zahl wieder stei- gen. Aber noch Ende 2021 werden wir 20 Polizeibeamte weniger haben als Ende 2016. So muss uns die Personalsituation bei der Polizei weiter mit Sorge erfüllen, es sind mehr An- strengungen der Landesregierung erforderlich.“